



Alternativantrag

der Fraktion der SPD

zu „Erhöhung der Regionalisierungsmittel“ (Drucksache 20/166)

Länder, Bund und Kommunen sind für den ÖPNV der Zukunft gemeinsam in der Verantwortung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Mobilitätswende ist eines der zentralen Elemente für wirksamen Klimaschutz und Teil der sozial-ökologischen Transformation. Als Alternative zum Straßenverkehr braucht es einen bedarfsgerechten, modernen und gut ausgebauten Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Nicht zuletzt die Erfahrungen des 9-€-Tickets zeigen die Chancen, mehr Menschen für den Umstieg auf Bus und Bahn zu gewinnen, aber zugleich auch die Grenzen der bestehenden Strukturen des ÖPNV und insbesondere des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf. Es bedarf in den kommenden Jahren massiver Investitionen in den Kapazitätsausbau sowie gezielter überregionaler Maßnahmen, um die Attraktivität, das Preismodell sowie die Tarifstrukturen des ÖPNV zu verbessern. Dies ist eine Aufgabe, vor der Länder, Bund und Kommunen gemeinsam stehen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine deutliche und nachhaltige Erhöhung der Regionalisierungsmittel einzusetzen. Die bereitgestellten Gelder müssen zudem schnell, vollständig und in einem transparenten Prozess in konkrete Projekte und damit die Verbesserung des ÖPNV und SPNV fließen.

Der Landtag fordert die Landesregierung zugleich auf, der eigenen Verantwortung gerecht zu werden und in den Haushaltsentwürfen für 2023 und die Folgejahre eine deutliche Steigerung der landesseitig für den ÖPNV aufgebracht Mittel abzubilden. Diese Steigerung muss sich daran orientieren, das Ziel der Klimaneutralität in

Schleswig-Holstein bis 2040 bei Berücksichtigung der dafür zentralen Rolle des ÖPNV zu erreichen. Um mehr Menschen klimagerechte Mobilität zu ermöglichen, braucht es insbesondere im ländlichen Raum einen besseren Anschluss an den ÖPNV.

Der Landtag fordert die Landesregierung ferner auf, sich auf Bundesebene konstruktiv in die Gespräche über ein bezahlbares, attraktives und bundesweit gültiges Nachfolgemodell für das 9-€-Ticket einzubringen.

Niclas Dürbrook
und Fraktion